



Bundeskanzleramt, 11012 Berlin

Mitglied des Deutschen Bundestages
Frau Petra Pau
Platz der Republik 1
11011 Berlin

CLAUDIA ROTH MdB

Staatsministerin beim Bundeskanzler

HAUSANSCHRIFT Willy-Brandt-Straße 1, 10557 Berlin

POSTANSCHRIFT 11012 Berlin

TEL +49 (0)30 18 400-2060

FAX +49 (0)30 18 400-1808

E-MAIL bkm@bk.bund.de

Berlin, 24. März 2023

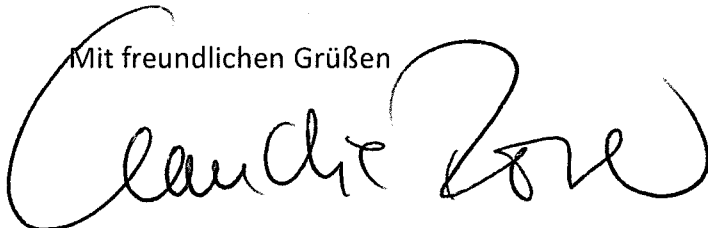
BETREFF **Beantwortung Ihrer schriftlichen Frage vom 17. März 2023 (Eingang Bundeskanzleramt),
Arbeitsnummer 3/298**

Sehr geehrte Frau Kollegin,



auf die mir zur Beantwortung zugewiesene schriftliche Frage übersende ich Ihnen die
beigefügte Antwort.

Mit freundlichen Grüßen



**Schriftliche Frage der Abgeordneten Petra Pau (DIE LINKE) vom
17. März 2023 (Eingang Bundeskanzleramt), Arbeitsnummer 3/298**

Frage 3/298

Welche konkreten Maßnahmen hat die Bundesregierung zur Umsetzung des Beschlusses des Bundestages über den Antrag auf Bundestagsdrucksache 19/14342 vom 22. Oktober 2019 ergriffen, um die Opfergruppen, die von den Nationalsozialisten „Asoziale“ und „Berufsverbrecher“ genannt wurden, stärker in das öffentliche Bewusstsein zu rücken und ihnen einen angemessenen Platz im staatlichen Erinnern zu verschaffen, indem etwa – wie in diesem Beschluss von der Bundesregierung gefordert – eine modulare Ausstellung, die historische Information und gedenkendes Erinnern zum Schicksal der als „Asoziale“ oder „Berufsverbrecher“ Verfolgten verbindet und an verschiedenen Orten im Bundesgebiet gezeigt werden soll, beauftragt wird bzw. ein Ausstellungskonzept durch die Stiftung „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ in Zusammenarbeit mit der „Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland“ erarbeitet wird, und welche Forschungsarbeiten wurden seither vom Bund finanziert, um das Schicksal der von den Nationalsozialisten als „Asoziale“ oder „Berufsverbrecher“ Verfolgten weiter aufzuarbeiten und die Forschungsergebnisse und Ausstellungsinhalte für pädagogische Zwecke nutzbar zu machen (vgl. dazu die Forderungen des Beschlusses zum Antrag auf Bundestagsdrucksache 19/14342)?

Antwort zu Frage 3/298

Der Bundestag hat die Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas gemeinsam mit der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg mit der Erstellung einer Wanderausstellung zu den im Nationalsozialismus als „Asoziale“ und „Berufsverbrecher“ Verfolgten beauftragt. Zur Realisierung der Wanderausstellung wurden aus dem Haushalt der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien 1,5 Mio. EUR zur Verfügung gestellt. Die beiden Einrichtungen arbeiten an der Erstellung der Ausstellung, die aufgrund coronabedingter Verzögerungen nun im Herbst 2024 eröffnet werden soll.

Die geplante Wanderausstellung wird die Geschichte der als im Nationalsozialismus „Asoziale“ und „Berufsverbrecher“ Stigmatisierten sowie die Aufarbeitung ihrer Verfolgung in vielfacher Weise in den Blick nehmen. Dazu gehört auch die Behandlung von Forschungsfragen im Ausstellungskontext und bei der Kommentierung autobiographischer Berichte, eine wissenschaftliche Tagung, die Erarbeitung pädagogischer, auch digitaler Bildungsangebote und eine vielgestaltige nationale und internationale Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Einrichtungen und Akteuren. Die begleitende Webseite zur Wanderausstellung ist bereits im Sommer 2022 online gegangen (www.die-verleugneten.de)

Die Ausstellung bedeutet einen ersten wichtigen Schritt zur besseren Sichtbarmachung der Schicksale der im Nationalsozialismus als „Asoziale“ und „Berufsverbrecher“ Verfolgten. Die bei der Erstellung der Wanderausstellung gewonnenen Erkenntnisse können Grundlage für die weitere Forschung sein.